

# Berliner Tageblatt

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Verleger: Dr. Hermann Wolff in Berlin, Mittel- und Westend von Berlin, Mittel- und Westend.

## Die Blockade von heute ab aufgehoben.

### Wiederaufnahme des deutsch-englischen Handels.

Die Aufhebung der S. S. S. — Die Schiffsabfertigungsbindungen mit England und Amerika wiederbeseitigt.

**Berlin, 12. Juli. (M. T. B.)**  
Der oberste Rat der Alliierten hat in seiner getrigen Radmitsitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, 12. Juli, ab aufzuheben.  
Clemenceau teilte später mit, daß die Blockade heute aufgehoben worden ist.

**Osaka, 12. Juli.**  
Aus London wird gemeldet: Das englische Auswärtige Amt gibt bekannt, daß innerhalb 48 Stunden eine Bekanntmachung erlassen werden wird, die sich auf die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland bezieht. Nur der Handel mit Kohlen, Chemikalien und Raffinierter Öl wird unter Ausschuß für den Wiederaufbau unterliegen. Alle Einfuhrbeschränkungen in Schiffen der Seer mit Deutschland sollen aufgehoben werden.

**J. Bern, 11. Juli.**  
Nachdem die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland nunmehr erfolgt ist, werden morgen, Sonnabend, die Gesetze der Ententegegenstände beim Bundesrat erwartet, um ihn die Aufhebung der Blockade und damit die Erledigung der S. S. S. zu notifizieren.

**Bern, 11. Juli. (M. T. B.)**  
Wie der „Bund“ mitteilt, hat der Bundesrat heute dem Völkswirtschaftsdepartement die nötigen Vollmachten erteilt, um die Aufhebung der S. S. S. in die Wege zu leiten. Die Mitteilung der Alliierten Regierungen über die sofortige Aufhebung der S. S. S. wird in kürzester Zeit erwartet. Die Vorarbeiten sind bereits voll im Gange, so daß ein rasches Tempo zu erwarten ist. Das Handelsministerium vom 10. Juli enthält bereits die Sätze der Waren, für die mit der Aufhebung der S. S. S. generelle Ausfuhrbestimmungen erteilt werden.

**Washington, 11. Juli. (Reuters.)**  
Der stellvertretende Staatssekretär verkündet, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden gestattet werden wird. Es werden außer für Kohlen, Chemikalien und Raffinierter Öl Ausfuhrbeschränkungen festgesetzt werden. Eigene Ausfuhrbeschränkungen werden nicht beibehalten werden.  
Die Schiffsabfertigungsbindungen mit Hamburg und Bremen werden wiederbeseitigt werden, sobald Ladungen

dafür aufgebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird Baumwolle direkt nach Deutschland verschifft werden.

**Stockholm, 12. Juli. (M. T. B.)**  
Saut Mitteilung aus das schwedische Auswärtige Amt aus London ist die englische Zensur über die neutrale Post aufgehoben worden.

**Osaka, 11. Juli.**  
Das Korrespondenzbureau meldet: Amtlich wird vom Ministerium des Außenwesens mitgeteilt, daß der Minister des Außenwesens auf die Anfrage des Alliierten, ob die Regierung bereit ist, das allgemeine Verbot von Bonbon zu einem von dem Obersten Wirtschaftsrat in Paris festzusetzenden Zeitpunkt verlassen zu lassen, antwortet hat, dies könne nur dann geschehen, wenn gleichzeitig die Vereinbarungen zwischen dem Niederländischen Handelsrat und den Alliierten Ländern und zwischen der Niederländischen Ausfuhr-Gesellschaft und der Britisch und General Trading Association über die Einfuhr einheimischer Landwirtschaflicher Erzeugnisse und das Abkommen der Niederländischen Ausfuhr-Gesellschaft mit der Britischen, Französischen und Italienischen Regierung über die Fischerei verfallen. Es wurde um baldige Bekanntgabe des Termins, den der Oberste Wirtschaftsrat für das Verfall der Abmachungen bestimmen wird, ersucht.

### Englische Handelsniederlassungen in Deutschland.

**Amsterdam, 12. Juli. (M. T. B.)**  
Dem „Manchester Guardian“ zufolge, hat sich eine Reihe großer englischer Handelsfirmen zu einem Konsortium zusammengeschlossen, dessen Aufgabe darin bestehen soll, im Laufe des nächsten Jahres Zweigniederlassungen zur Förderung des englischen Handels in Deutschland und Österreich zu errichten. Weiterhin meldet das Blatt, daß der Schiffverkehr in Deutschland und England sofort nach Aufhebung der Blockade in nicht unerheblichen Umfang einsetzt. Bereits am Mittwochabend waren bei Kopenhagen 24 englische Schiffe zur Fahrt nach den deutschen Häfen angemeldet.

### Internationale Einkaufsmesse in Frankfurt.

**Frankfurt a. M., 12. Juli.**  
Die gemeinsam von der Stadt und der Handelskammer Frankfurt a. M. als Friedensdemonstration geplante internationale Einkaufsmesse kann als gesichert gelten. Nachdem das Reichsministerium der Verwaltung seine Zustimmung gegeben hat, fand in Frankfurt Groß eine Versammlung des Zentralverbandes Frankfurter Großhändler statt, die dem Plan gleichfalls zustimmte. Die Messe, die zur Anbahnung internationaler Handelsbeziehungen dienen soll, wird Anfang Oktober in der Festhalle abgehalten werden. Die Schweiz hat ihre Beteiligung bereits zugesagt; mit anderen neutralen Staaten sind Verhandlungen im Gange.

### Das Urteil im Prozeß Mühlam und Genossen.

**F. München, 12. Juli, 3 Uhr 10 Min.**  
Im Prozeß Mühlam und Genossen wurde heute nachmittags das Urteil gefällt. Mühlam wurde wegen Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus unter Zuhilfenahme mitberaubter Umstände verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden ihm zuerkannt.  
Rechtsanwalt Dr. Wadler dagegen unter Überzeugung der ehrenhaften Gesinnung und mitberaubten Umstände zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.  
Von den anderen Angeklagten wurde der frühere Volksbeauftragte für Inneres, der Generalsekretär Solmann sowie Handbinder, Dzehenga freigesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden dem ordentlichen Gericht überwiesen.

### Der Wiener Gefandtschaftsposten.

**Wien, 12. Juli.**  
Wolffsohn Graf Wedel wird Mitte des Monats ein Urlaub antreten, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Die Geschäfte der Botschaft dürfte bis auf weiteres der Gesandte Graf Stolberg leiten. Endgültig dürfte die Frage der künftigen Vertretung Deutschlands bei der deutschösterreichischen Regierung wie auch die Frage einer Umwandlung der bestehenden Botschaft in eine Gefandtschaft erst nach der Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedens von St. Germain gelöst werden. In politischen Kreisen verläutet, daß unter den Kandidaten, die für den Wiener Gefandtschaftsposten genannt werden, der frühere Staatssekretär Graf Brodowski-Rauhau noch immer die meisten Aussichten habe. Die Kandidatur des Dr. Viktor Raumann wird als erledigt betrachtet.

**St. Germain, 12. Juli. (M. T. B.)**  
Die deutschösterreichische Friedensdelegation hat heute eine zusammenfassende Note überreicht, die teils auf Grund der bisherigen Notizen, teils auf Grund neuer Mitteilungen formuliert Gegenwortsätze zu sämtlichen Klauseln des Vertragsentwurfs, angenommen die wirtschaftlichen Bestimmungen

macht. Die neuen Änderungsansprüche beziehen sich in erster Linie auf die Fragen der Sozialdemokratie, des Rechtes der Arbeiterparteien und des Arbeiterrechtes. Bezüglich des letzteren wird auf die Beschlüsse der Wiener Konferenz hingewiesen.

### Die Kampfansage des Zentrums. Die Grundrechte.

Das Zentrum befürwortet sich lebhaft über die Haltung, die die Sozialdemokratie in der Frage der Grundrechte, die gestern in der Nationalversammlung zwischen den beiden Regierungsparteien zu einem Konflikt geführt hat, eingenommen hat. Die Sozialdemokratie, so sagt die „Germania“, neigt immer wieder zu Zeitenprügeln.  
Durch das Vorgehen der Sozialdemokratie ist die politische Lage kritisch geworden. Das Zentrum kann auf die Festlegung der Grundrechte in der Verfassung nicht verzichten. Es handelt sich für das Zentrum nicht etwa um eine Nachfrage, sondern einfach um einen Gewissensfrage. Das Zentrum wird sich daher mit einem Auscheiden der Grundrechte aus der Verfassung nicht einverstanden erklären können. Daneben würde, falls die Sozialdemokratie auf ihrer Forderung beharren und die Unterzeichnung der Demokratie finden würde, der Bestand des Reiches auf die Seite der Sozialdemokraten in der Schlußfrage dadurch völlig illusorisch werden. Bereits am Freitag nachmittag ließ die Fraktion zusammengetreten, um der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die heutige Ereignisse in der Nationalversammlung zu einer Art Krisis führen werden oder nicht. Die endgültige Entscheidung wird im wesentlichen abhängen von der Haltung der demokratischen Fraktion. Sollte diese sich auf die Seite der Sozialdemokraten schlagen, dann würde allerdings die Seite der Sozialdemokraten die Unterzeichnung der Grundrechte aus der Verfassung verweigern sein.  
Das ist eine recht drohende Sprache, die man vom Zentrum immer hörte, wenn es sich seiner Macht bewußt war. Das Zentrum unterläßt es deshalb auch nicht, auf die „Schwerwiegenden Folgen“ aufmerksam zu machen, die der Auseinanderfall des Reiches nach sich ziehen könnte. Es erinnert an die Ausführungen des Internationalssekretärs Schulz, arbeiten zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hingewiesen wurde.

### Holland.

Von [Redaktion] [Redaktion]

Der erste Teil der belgisch-holländischen Übereinkunft ist vorüber. Der zweite Teil, dem hoffentlich der letzte, wird jetzt verhandelt. Für die ganze Sache ist nichts bezeichnender als die erste offizielle Erörterung der belgischen Forderungen vor dem hohen Tribunal der großen Räte. Die Belgier erschienen zu ihr dreifach Mann stark, mit Attentaten, in denen ihre Wünsche; die freie Schiffsahrt, die „unentgeltliche“ Besatzung, die Limburg und Siedländer und der Erneuerungsfamilien, den Holland meist Anzeigen mit Belgien zusammenbauen soll, wohl dokumentiert verknüpft waren. Der holländische Minister des Auswärtigen Jonker v. Karnebeek erschien dagegen ganz allein und ohne die moralische Unterstützung einer Attentatmappe. So nahm er an dem Tische Platz, der der belgischen Vertretung gegenüber die Antwort gab. Hieraus sollte der belgische Minister des Auswärtigen Paul Hymans (früher Kommandant), übrigens wackriger Familie, mit sehr starkem Temperament in aggressivem Ton auseinander, wie Belgien bisher durch Holland benachteiligt worden sei, welche Rechte es geltend machen und welche Ansprüche es erheben müsse. Als er zu Ende war, erklärte man am Tische des Ministerpräsidenten, Holland habe jenseitig die Lage Zeit zu seiner Gegenüberhaltung. Karnebeek spricht ein ausgeglichenes französisches, und in diesem französisch erklärte er, es habe sich eine Zeit zur Vorbereitung der Antwort gefunden. In der Tat, Hollands Standpunkt war zu klar und zu einfach, als daß man die Gegenstände auf die belgischen Forderungen hätte zusammenfinden brauchen. Was Karnebeek antwortete, läßt sich leicht kombinieren. Die Rolle des Angeklagten wies er zurück. Dem Vertrag von 1839 habe Belgien ohne die Gebiete leben und gedeihen können, und die Bevölkerung dort sei unbedeutend holländisch-patriotisch. Alles andere könnte man bezeichnen, aber unter Abzehrung der wirtschaftlichen und internationalen Interessen Hollands. Die letztere Bemerkung ging vor allem auf die militärische Verfügung über den Scheldelaut, die Belgien antreibt. Diese Fragen müßten Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen Belgien und Holland sein. Diese Antwort wurde aus dem Tribunal lediglich eine Szene. Die Angelegenheit des Ministerpräsidenten, daß die Verhandlungen unter den Abgrenzungen, die Karnebeek für notwendig erklärt habe, stattfinden sollten. Man kann in der Formulierung, die der Biererart diesen Abgrenzungen gegeben hat, vielleicht einige Veranlassung für die Befürchtung sehen, daß Belgien doch Dinge, die Karnebeek für unerträglich erklärt hatte, durch die Entscheidung des Ministerpräsidenten genau erfüllen. Aber Karnebeeks Erfolg liegt im ganzen fest, und Holland hatte recht, sich zu freuen.

Zunächst, die ganze Sache enthält, gemessen an den Hebräerartigen Begriffen von Souveränität und staatlicher Selbstbestimmung, neue und in die Zukunft fortwirkende Elemente. Holland hat sich vor die Schiedsbarkeit der fünf zitierten lassen, unter denen sich diesmal sogar Japan befiel, und Belgien frechen, aber doch auf einer Verhandlungsbasis, die die großen Mächte ausdrücklich gebilligt hatten. Und ferner: das Ergebnis mandiert wieder zu ihnen zurück, zur abschließenden Entscheidung. Diese ganze Prozedur, in der der selbständige Staat ohne Zweifel ein eigenes Ziel vor sich zu verantworten, runden Großmächte gezogen wird, um sich zu verantworten, stets vorausgesetzt, die Gründung des Völkerbundes finden, dem Holland ja beitreten will. Jedenfalls liegt aber hier der erste Fall eines derartigen Eingriffes in eine Angelegenheit vor, die früher nur zwischen den beiden eigentlich Belgien hätte verhandelt und entschieden werden können. Die Zukunft allein kann lehren, ob es sich hier um einen Fortschritt oder einen Rückschritt im internationalen Leben handelt.  
Inzwischen ist aber die Zeit der Sorgen für Holland noch nicht vorüber. Man kann es verstehen, daß Belgien sich in diesen Tagen der Liquidation unter der Devisen „legt oder nie“ alle Vorteile sichern will, die ihm zu seinem Aufbau nützlich sein könnten. Aber die „Fransen“, die es zwischen sich und Holland aufgeworfen hat, haben nun gegen die Verleumdung und Verleumdung der Bevölkerung denken rein holländisch und orientieren, aber trotz der Entscheidung des Ministerpräsidenten die gewissen belgischen Kreise und Frankreich, dort eine Prezentia zu schaffen. Hinter dem holländischen Belgien steht das offizielle Frankreich, ja, man muß vermuten, daß Belgien niemals sich zu dieser Politik der Verleumdung mit Holland entschließen hätte ohne französische Rückendeckung. Was jetzt noch in den französischen Kreisen über die Verleumdung des Belgien in jenen Gebieten geschrieben wird, läßt leider keinen Zweifel, daß hier ein neuer Wech der Entscheidung in Europa geschaffen werden soll. Diese Zeitungshefte gehört zum Arsenal auf dem Gebiet der Sab- und Kriegsfabrikation, was je geleistet worden ist. Man stelle sich vor, daß in friedlichen Teile Europas, an einer der vergeblichen Stellen traditionellen freundschaftlichen Zusammengehörigkeitsbeziehungen